

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ein-  
mal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin  
10.— M. im Voraus zahlen, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Fern-  
bezug nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unser Streifen-  
bezug für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.  
ausgibt. Salato-Kasseler, per Brief für Deutschland und Österreich 30.— M.  
Rehabilit., Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 2-3.

Die achtgrößte Kuppelkassette über deren Raum kostet 4.— M. einschließlich  
Zustellung. Kleiner Kuppel: Das fertige Produkt 2.— M., jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Große Kuppel: Das fertige  
Produkt 4.— M., jedes weitere Wort 3,00 M., einschließlich Zustellung.  
Zusatz: Das fertige Produkt 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.  
Zustellung: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4803, 4835, 4869, 4921

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der Orgeßminister

##### Einheitsfront der Reaktion

Sofort der Reichsminister Koch das Vertrauen der  
Reaktion noch nicht besah, hat er es durch seinen zu Hoch-  
verratsprozessen aufwiegelnden Erlaß, den wir gestern in  
der Abendausgabe veröffentlichten, restlos erworben. Die  
„Post“ z. B. erklärt, daß unsere Forderung nach der Beseiti-  
gung des Ministers „die Notwendigkeit seines Vorgehens be-  
stätigt“ habe. Das Blatt hebt den ihm wohlthuend erscheinenden  
Gegensatz der Scharfmacher Kochs gegen die Kommuni-  
sten zu dem Vorgehen des preußischen Ministers Severing  
gegen die Orgeß hervor. Severing hat in einem  
Erlaß gesagt, daß die Entziehung zahlreicher Verbände und  
Bereinigungen mit politischem Charakter, ihre Betätigung  
und Agitation und ihre Wirkung auf politisch Anders-  
denkende eine Gefahr bedeuten, weil sie die immer schärfer  
hervortretenden Gegensätze der verschiedenen Bevölkerungs-  
kreise steigern. Bei der Organisation Escherich sei diese  
Gefahr besonders groß. Zu verbieten seien darum alle Ver-  
eine und Verbände, die sich mit Waffeln versehen, und die  
gegen die Berordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai  
1920 verstößen.

Dieser Erlaß Severings wird von der „Post“ auf das  
Schärfste bekämpft und das Vorgehen Kochs wird Severing  
als Beispiel und Muster dargestellt. Die Orgeß  
trete bekanntlich „für den Schutz und Bestand des Staates“  
ein, läßt die „Post“, deswegen sei keine Gefahr von rechts,  
sondern nach dem Beispiel des Herrn Ministers Koch nur  
eine Gefahr von links zu sehen.

Die „Tägliche Rundschau“ aber vermischt bereits die Wir-  
kung des Kochschen Erlasses. Er sei schon ziemlich alt und  
man könne sich höchstens wundern, daß man so wenig von  
Prozessen der in dem Erlaß gedachten Art höre.

Die liberale Presse schweigt einstweilen. Sowohl  
die „Post“ als die „Berliner Tageblatt“ lassen  
ein Eingehen auf die gewiß nicht unwichtige Angelegenheit  
vermissen. Damit belassen sie sich zur Auffassung des  
Orgeß-Ministers Koch, damit werden sie mitschuldig  
an der Gefahr, die die Tätigkeit dieses Ministers darstellt.  
Die eine reaktionäre Masse von den Demokra-  
ten bis zur äußersten Rechten ist also auch  
in diesem Falle gegeben.

Wenn die „Post“ schreibt, man müsse die beiden Erlasse  
von Koch und Severing nebeneinanderhalten, um zu wissen,  
„wie man regiert werde“, so hat sie recht. Wir haben keinen  
Anlaß, die preußische Regierung und ihren Minister des  
Innern Severing, zu loben. Wir wissen, daß auch sie vieles  
verfümt hat, was zur Unterdrückung der Gefahr für die  
Republik, die von rechts beständig droht, hätte geschehen  
müssen. Dennoch zeigt die Tätigkeit des Reichsministers  
Koch die Folgen der reaktionären Reichstagswahlen mit be-  
sonderer Deutlichkeit. Und darum müssen wir — ganz wie  
die „Post“ empfiehlt — daraus lernen. Gelingt es bei  
den Preußenwahlen nicht, die reaktionäre bürgerliche Front  
zurückzudrängen, so gewinnt auch in Preußen die Orgeß-  
Reaktion endgültig die Oberhand — die Orgeß-Reaktion,  
der selbst das milde und zaghafte Vorgehen Severings gegen  
die bewaffneten Bänder der Monarchisten ein Dorn im Auge  
ist. Die Arbeiterklasse wird sich das merken müssen. Sie  
hat es nötig, ihre Taktik im Wahlkampf so einzurichten, daß  
sie auch im preußischen Parlament eine Machtposition ge-  
winnt, die zur Stärkung ihrer Gegenwehr gegen  
den fortschreitenden monarchistischen Umsturz beitragen kann.

#### Revancheprediger in Bayern

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

München, 14. Januar.

Die bayerische Einwohnerwehr und die Orgeß richten sich  
darauf ein, in illegaler Form weiter zu bestehen, wenn sie infolge  
des Verbotes durch die Entente nicht mehr legal arbeiten können.  
Am letzten Freitag hielt der Abgesandte des Jungdeutschen  
Ordens Herr Curt Weisshaupt aus Kassel vor einer Ab-  
teilung der Münchener Einwohnerwehr eine Ansprache, in der er  
ausführte, daß der jungdeutsche Orden zwar ver-  
folgt werde, daß er aber bereits 8000 Mitglie-  
der umfasse, die alle für das Ziel eines neuen Kaiserreiches  
eintreten, das die Schmach des Versailler Friedensvertrages aus-  
tilgen müsse. Herr Curt Weisshaupt wird aber in München nicht  
nur eine Gastrolle in der Einwohnerwehr geben, sondern sich  
häuslich niederlassen in dem Capua aller Konturrevolutionäre.  
Er dirigiert die Zeitung des Jungdeutschen Ordens, die in  
München gedruckt wird.

Das Augsburgische Organ der Kommunisten, „Der Volkswille“,  
wurde wegen Aufreizung zum Klassenhaß bis auf  
weiteres verboten. Die letzte Nummer des „Volkswillen“, dessen  
Leitartikel die Ueberchristi trägt: „Auf, Arbeiter zur Aktion!“  
wurde beschlagnahmt.

In einem augenscheinlich offiziellen Artikel beschäftigt  
sich die „Bayerische Staatszeitung“ mit der Frage der bayerischen  
Einwohnerwehr. Mit den üblichen Phrasen werden die Wehren  
als ein „vorübergehendes Aufhelfsmittel politischer Ar“ gegen

hohemwilligen Terror bezeichnet, der militärische und  
monarchistische Charakter wird verleugnet und dann  
behauptet, daß es für die bayerische Einwohnerwehr überhaupt  
keine Politik gebe, als die Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ord-  
nung“. Für den Fall, daß die Entwaffnung durchgeführt wird,  
ländigt die „Bayerische Staatszeitung“ das Fortbestehen der Ein-  
wohnerwehren im Dunkel an. In diesem Falle, so heißt es,  
„wird folgendes eintreten: Die Furchtsamen werden ihre Waffen  
vielleicht abliefern, die anderen sie behalten. Und mit dem  
Zwange, sie zu verbergen, wird der Haß gegen diejenigen kommen  
und wachsen, die die Einwohnerwehr in das Dunkel getrieben  
haben.“

Das ist die offene Ankündigung, daß die Einwohnerwehren,  
wenn Frankreich auf ihrer Entwaffnung besteht, im Dunkel, das  
heißt illegal bewaffnet weiterbestehen werden. In Bayern ist  
man also allem Anschein nach bereit, es auf eine Besetzung des  
Ruhrgebietes ankommen zu lassen, nur um die Konturrevolutionä-  
ren Einwohnerwehren zu erhalten. Verbrecherischer hat noch  
kein System zu operieren gewagt.

#### Eine republikanische Feier in München verboten

Der Münchener Polizeipräsident Böchner hatte vor einiger  
Zeit den Republikanischen Führerbund in Bayern verboten.  
Darauf wurde der „Republikanische Schühbund“ ins Leben ge-  
rufen, der sich jetzt der eifrigsten Schlitzenierung durch die Polizei  
erfreut. Wiederholt wurden ihm Versammlungen verboten. Am  
16. Januar plante der Schühbund eine republikanische  
Reichsgründungsfeier auf dem Königsplatz, auf dem im  
vorigen Jahr die bayerischen Einwohnerwehren mit ihren Ge-  
wehren den Treueid leisteten. Böchner hat diese Feier  
ohne jede Begründung verboten. Dagegen läßt er die  
Reichsgründungsfeier des reaktionären Bürgerbunds zu, die im  
Geiste des „Barbarosagedankens“ abgehalten, also eine monar-  
chistische Kundgebung werden soll. Immer offener enthüllt  
die bayerische Konturrevolution ihr wahres Gesicht. Sie duldet  
keine republikanischen Kundgebungen, protegiert aber alles, was  
irgendwie monarchistisch angehaucht ist.

#### Poststreik in Deutsch-Oesterreich

In Oesterreich ist ein Streik der Postbeamten ausgebrochen.  
Ein gestern nachmittag abgehaltener Ministerrat be-  
schäftigte sich mit der durch den Streik hervorgerufenen Lage.  
Ein am Abend stattfindender Ministerrat sollte auf Grund  
des Ergebnisses der Verhandlungen mit den Vertretern der im Post-  
Gewerkschaftsbund und der nichtsozialistischen  
Postangestellten die endgültigen Beschlüsse fassen.

Wien, 13. Januar.

Nach den Schilderungen der Abendblätter über den Poststreik  
ist die Briefbestellung fast vollkommen unterbrochen. Die Sam-  
melkästen werden nicht entleert. Auch die Paketannahme ist ein-  
gestellt. Der lokale Geldverkehr ist vorläufig noch nicht unter-  
brochen, ebenso der telegraphische, telephonische und Rohrpostdienst,  
da sich für diese Dienstleistungen die pragmatisierten Beamten zur  
Verfügung gestellt haben. Die Hilfe dieser konnte namentlich auf  
dem Hauptpostamt und auch im Auslandsdienst für eingeschriebene  
und Expressbriefe erhalten werden. Einige Bezirkspostämter sind  
gesperrt; die Streikenden haben von einzelnen Amtsolokalen die  
Schlüssel an sich genommen. Für Nachmittag sind die Vertreter  
aller Postangestellten ins Bundeskanzleramt zu Einigungsver-  
handlungen geladen. — In den Ländern wird der Streik in  
vollem Umfange durchgeführt.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der  
streikenden Postangestellten führten trotz langwieriger Beratungen  
im Laufe der gestrigen Nacht zu keiner Einigung und wer-  
den heute vormittag fortgesetzt werden. Für gestern ergab sich nur  
der Erfolg, daß der angekündigte Sympathiestreik der Tele-  
graphen- und Telephonangestellten ausgeschlossen wurde und  
Leit einlegen soll, falls die Verhandlungen im Laufe des heutigen  
Tages nicht zur Beendigung des Poststreiks führen.

#### Die Kabinettsbildung in Frankreich

Paris, 13. Januar.

Präsident Millerand hat im Laufe des heutigen Vormittags  
außer dem Kammerpräsidenten Raoul Peret, mit dem er sich  
über die Ministerliste unterhielt, die Führer der verschiedenen  
Gruppen des Senats empfangen. Er sprach mit Pellé-  
de Selvas, Louton und Doumergue, dem Vorsitzenden der demo-  
kratischen Linken, der dem Präsidenten, dem „Tempe“ zufolge,  
erklärte, er halte Raoul Peret für die geeignetste Person-  
lichkeit, das neue Ministerium zu bilden. Im Laufe  
des Nachmittags hat Millerand Bissani und Arago empfangen.  
Nach dem „Tempe“ wird er sich ferner mit Herriot und Briand  
über die Ministerliste unterhalten und am Abend noch den Sen-  
atspräsidenten Léon Bourgeois empfangen. Das Blatt glaubt,  
daß Präsident Millerand nicht vor morgen vormittag die Persön-  
lichkeit zu sich rufen werde, der er die Kabinettsbildung anzuver-  
trauen gedenkt.

Auch die heutigen Morgenblätter vom 14. Januar ergeben sich  
in Vermutungen, wem Millerand die Kabinettsbildung über-  
tragen wird. Die gleichen Namen wie gestern werden genannt,  
in erster Linie aber Peret. „Echo de Paris“ will wissen, daß  
Peret von beinahe sämtlichen Politikern, mit denen Millerand  
Besprechungen hatte, für den Posten des Ministerpräsidenten vor-  
geschlagen worden sei.

#### Die Not der Kopfarbeiter

Von Prof. Emil Lederer, Heibelberg

Es ist eine allgemein verbreitete Anschauung, daß die  
Bezahlung für geistige Arbeit nicht in demselben Maße wie  
die Löhne der Arbeiter gestiegen ist. Die Klagen darüber  
sind eine ganz internationale Erscheinung. Wenn ein deut-  
scher Kopfarbeiter, um diesem Zustande zu entgehen, nach  
der Schweiz, England oder den Vereinigten Staaten aus-  
wandern wollte, so würde er dort dieselbe Erscheinung finden.  
Zumal in den Vereinigten Staaten könnte er erfahren, daß  
das Mißverhältnis, welches heute in Deutschland besteht,  
bis zu einem gewissen Grade dort schon vor dem Kriege  
herrschte, heute allerdings in weitaus höherem Maße. In  
der angelsächsischen Welt ist die schwierige Lage in den Uni-  
versitäten und ihrer Lehrer, da ihre Existenz auf Stiftungs-  
kapitalien beruht, am größten. In Europa sind die Univer-  
sitäten meist Staatsanstalten, und demgemäß sind auf sie,  
wenigstens soweit möglich war, die Grundzüge der Besol-  
dungsreformen und die Steigerungsjäge für die Sachaus-  
gaben angewendet worden, wie bei den übrigen Titeln des  
Budgets. Daher ist die Auffassung, als ob die Revolution  
oder die „politische Herrschaft der Handarbeiter“ automati-  
sch die Lebenshaltung der Kopfarbeiter vermindert habe,  
falsch. Trotzdem ist es richtig, daß die breiten Mittel-  
schichten, soweit sie intellektuelle Berufe haben, in sehr  
hohem Maße ihre Lebenshaltung einschränken müssen.  
Welche Ursachen hat das?

Zunächst müssen wir feststellen, daß es der kapitalistische  
Mechanismus ist, der die hemmungsloser Auswirkung seiner  
Gesetzmäßigkeit die intellektuelle Arbeit stark unterwertet.  
Die Gehälter der Ingenieure, der Chemiker, der  
kaufmännischen Angestellten bis in sehr hohe  
Grade hinauf waren in der Industrie der Vereinigten  
Staaten auch vor dem Kriege vielfach niedriger, als die  
Löhne der Arbeiter. Dasselbe konnte man in der deutschen  
Industrie vor dem Kriege beobachten. Kaufmännische An-  
gestellte, Techniker usw. mußten sich durchschnittlich mit Ge-  
hältern begnügen, welche die Löhne gelehrter Arbeiter nicht  
erreichten, jedenfalls selten überstiegen. Daten hierfür liefert  
jede Gehaltsstatistik in Hülle und Fülle. Wieso ist das zu  
erklären? Den Schlüssel gibt auch hier die große Regel  
von Angebot und Nachfrage: das rasche Wachstum der In-  
dustrie benötigte mehr gelehrte Arbeiter, als „produziert“  
wurden, während stets ein Ueberfluß an qualifi-  
zierten Angestellten war. Denn die kapitalistische  
Konzentration hat die Zahl der selbständigen Unter-  
nehmer verringert, hingegen die Schicht der bürgerlichen  
Klassen, im ganzen genommen, eher verbreitert. Die Tätig-  
keit als Arbeiter wäre gleichbedeutend gewesen mit einem  
sozialen Abstieg und so haben wir schon vor dem Kriege das  
Problem der Unterbringung von großen Massen der In-  
tellektuellen in Beamten- und Angestellten-Positionen. Die  
kapitalistischen Unternehmungen wollten und konnten unter  
dem Druck der Konkurrenz nicht mehr bezahlen als sie mußten  
und so finden wir, wie erwähnt, schon vor dem Kriege, daß  
selbst hochqualifizierte Techniker kaum genug verdienten, um  
davon leben zu können. Aber all diese wollten und konnten  
ihre Tätigkeit nicht verlassen. Denn sie bot ihnen die Mög-  
lichkeit, innerhalb ihrer Klasse und also der bürgerlichen  
Welt zu bleiben und sie brachten eher die größten Opfer,  
als daß sie freiwillig aus ihr ausgeschoben wären. Außer-  
dem hatten sie die Hoffnung, späterhin mit höherem Alter  
oder bei einem raschen Anstieg der Konjunktur in Stellung  
mit besseren Bezügen aufzurücken.

Eine zweite Ursache für diese Erscheinung geht dahin,  
daß die Zerstreung des Kapitalbesitzes über  
breite Schichten kleiner Kapitalisten vielen Tausenden und  
Zehntausenden gestattet, mit einem geringen Einkommen  
vorlieb zu nehmen und das Einkommen durch Zinsen aus  
dem eigenen oder dem Vermögen der Frau oder durch elter-  
liche Unterstützung usw. zu ergänzen. — Insbesondere die  
Bezüge der höheren Beamten und Offiziere reichten im all-  
gemeinen nicht aus, um eine Familie „standesgemäß“ er-  
halten zu können. Die konservativen Schichten, denen diese  
Funktionäre entstammten, haben sich auch nicht wenig darauf  
zugute getan, daß sie dem Staat „halb umsonst“ dienen. In  
der Tat aber lag in dieser niedrigen Bezahlung ein Schutz  
der herrschenden Klasse gegen das Eindringen der übrigen  
„unteren“ Volksschichten. Diese Mechanik wirkte so still und  
geräuschlos, daß vermutlich noch heute viele Angehörige  
dieser Schichten sehr erstaunt sein würden, wenn man ihnen  
sagte, daß das alte Preußen ein Klassenstaat par excellence  
war, trotz aller „Objektivität“ seiner Richter und Beamten.

Wie steht es heute? Heute ist die ständige Steigerung  
von Gehältern und Löhnen infolge der Geldentwertung not-  
wendig. Stabile Verhältnisse gibt es nicht. Es liegt aber  
in der Natur der Beamtenbezüge, daß sie erhebliche Zeit im  
voraus durch das Budget festgesetzt werden müssen, und daß  
daher die gewerkschaftliche Taktik des Tarifvertrages mit  
rascher Erneuerung der Gehaltsätze nicht anwendbar ist.  
Rechnisch liegt es bei den privaten Angestellten. Für diese  
sind zwar allmählich auch Tarifverträge üblich geworden,  
aber sie erstrecken sich über längere Zeiträume und öko-

nomische Umstände wirken gegen die Angestellten. So zunächst der große Andrang. Der Krieg hatte die Zahl der Angestellten außerordentlich gesteigert und alle Arten von zentralen Organisationen in Kommune, Staat, Reich, Militärverwaltung und in der Industrie selbst sind entstanden. Der kapitalistische Betrieb wurde in höchstem Maße, selbst in England überbureaucratisiert. Als der Krieg zu Ende ging, mußten diese Organisationen allmählich abgebaut werden. Die erste Konjunkturrelle nach Kriegsende konnte aber alle Kräfte mit Wichtigkeit absorbieren, ja ihre Zahl hat sich sogar noch gesteigert. Dann aber kam der Rückschlag, lange noch, ehe die letzte Teuerungswelle sich in den Gehältern zum Ausdruck hatte bringen können. Und so trifft jetzt die Krise breite Angestelltenmassen mit unzureichenden Bezügen.

Das Gleiche gilt von den Beamten. Als die öffentliche Meinung begann, sich mit deren Elend zu beschäftigen, als die Anpassung an das Preisniveau stattfinden sollte, da war dieses, Herbst 1919 mit dem heutigen verglichen, phantastisch niedrig. Aber die Ziffern, welche damals festgelegt wurden, gelten noch heute. Sie sind um so weniger auszeichnend, als die sinkende Bedeutung des Privatvermögens eine relativ rasche Steigerung der Gehälter erforderlich gemacht hätte.

Könnten alle diese Schichten besser leben, wenn die Löhne der Arbeiter niedriger wären? Das ist sehr zweifelhaft. Denn die Gehälter der Angestellten spielen ja auch heute in der Kalkulation des Preises nur eine sehr geringe Rolle. Die Gehälter der Beamten hängen von der Ergiebigkeit des Steueraufkommens ab. Wenn wir prüfen würden, was heute an Steuern von den Beziehern großer Einkommen und den Besitzern großer Vermögen bezahlt wird, so müssen wir sehr skeptisch sein, ob eine Steigerung der Gewinne dem Staatsbudget zugute kommen würde. Endlich: die Preise der Waren sind deshalb im Anstieg, weil sich auf die Dauer die Wirkung der Weltmarktpreise auch auf dem inneren deutschen Markt geltend machen mußte. An dieser Tendenz würde eine Verringerung der Löhne nichts ändern. So folgt also die geringe Bezahlung der geistigen Arbeiter aus den „Naturgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise“. So lange diese herrschen, kann nur eine Veränderung der Marktlage, also eine Verringerung des Angebots den Wert der geistigen Arbeit heben. Den stärksten Antrieb hierfür bilden aber gerade hohe Löhne für Handarbeit, weil diese immerhin schon heute auf breite Schichten, welche ihrer sozialen Herkunft nach bisher eine Tätigkeit als Angestellter angestrebt haben, eine große Anziehungskraft üben. Dies hervorzuheben ist nicht überflüssig, zumal in der öffentlichen Meinung der Zusammenhang zwischen Gehalt und Lohn meist umgekehrt dargestellt zu werden pflegt.

## Hohe Preise für bessere Löhne

### Erhöhung der Braunkohlenpreise

Selt einiger Zeit finden in Halle Verhandlungen über eine Lohnerhöhung im mitteldeutschen Braunkohlenrevier statt. Sie sind dort unterbrochen und am Donnerstag in Berlin im Reichsarbeitsministerium wieder aufgenommen worden.

Selbstverständlich verbinden auch die Braunkohlengrubenbesitzer mit der Zustimmung einer bestimmten Lohnerhöhung die Forderung einer Preissteigerung, damit sie mit der linken Hand doppelt oder mehrfach nehmen, was sie mit der rechten Hand spenden. Bei den Verhandlungen in Berlin hat nun ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erklärt, daß die Reichsregierung nunmehr einer Kohlenpreiserhöhung für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier zustimmen würde, sofern der Reichskohlenverband eine solche beschließen sollte. Dieses Winkes an den Reichskohlenverband hat es natürlich nur bedurft, und es ist nun fast sicher, daß eine Erhöhung der Braunkohlenpreise beschert werden wird, obwohl in den beschiedenen Lohnforderungen der Bergarbeiter hierzu nicht der mindeste Anlaß gegeben ist. Es wurde sogar erklärt, daß zwar über das Ausmaß der Kohlenpreiserhöhung noch nichts gesagt werden könne, doch sei anzunehmen, daß der Reichskohlenverband den Wünschen der Syndikate nachgeben wird. Das heißt, die Preissteigerung nicht sehr glimpflich sein wird, denn die Syndikate sind nicht an jene Bescheidenheit gewöhnt, deren sich die Bergarbeiter befleißigen, und durch die öffentliche Meinung und durch die Re-

gierung und ihre Behörden auch nie zu ihr angehalten worden. Wie ein befreiender Seufzer aus der Brust der Profitgeier klingt es, wenn die Meldung, die über diesen ganzen Vorgang berichtet, schließt:

„Daraufhin ist beschlossen worden, die Lohnverhandlungen am Freitag, den 14., im Reichsarbeitsministerium bis zum Abschluß fortzusetzen.“

Nachdem also den Herren die Aussicht auf eine Preissteigerung gegeben ist, sind sie bereit, die Lohnverhandlungen erleichterten Herzens fortzusetzen.

Die Nachgiebigkeit der Reichsregierung gegenüber den Forderungen der Syndikate ist ein glattes Verbrechen. Nach den Erhöhungen der Steinkohlenpreise und mit Rücksicht auf ihre Knappheit ist eine große, von vielen Worten begleitete Aktion zur besseren Ausnutzung der Braunkohle für industrielle Zwecke eingeleitet worden. Technische Prüfungsstellen wurden mit der Aufgabe betraut, die Voraussetzungen für eine solche Verwendung der Braunkohle zu schaffen. Das alles bleibt zum großen Teil unfruchtbar, wenn die Braunkohlenpreise steigen. Vor allem aber ist die Braunkohle das wichtigste Brennmaterial für den Hausbrand der städtischen Arbeiterbevölkerung. Die Erhöhung des Preises für Braunkohle bedeutet somit eine unmittelbare starke Belastung der Arbeiterschaft und sie muß darum unbedingt abgewendet werden.

## Die Arbeitslosigkeit in Sachsen

Schon vor einiger Zeit hatte sich einmal ein ganzer Schwarm von hohen Beamten deutscher Reichsministerien, mit dem Herrn Arbeitsminister Dr. Brauns an der Spitze, nach Dresden begeben, um Erörterungen anzustellen über die Vinderung der Arbeitslosigkeit in Sachsen. Schon damals war festgestellt worden, daß die Arbeitslosigkeit in dem industriereichen Lande außerordentlich großen Umfang angenommen hatte, und bedächtig nickenden Kopfes haben die Herren erklärt, daß unbedingt etwas geschehen müsse. Geschehen ist indes nichts.

Nun hat abermals eine Beratung zahlreicher Würdenträger über den gleichen Gegenstand stattgefunden. Der Verband sächsischer Industrieller hat sie angeregt und an der Konferenz im Reichsarbeitsministerium haben der Reichsarbeitsminister, der Reichswirtschaftsminister, der Reichskohlenkommissar, der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann und einige andere Persönlichkeiten gleicher Färbung teilgenommen. Von einer Beteiligung der Gewerkschaftsverbände, die für diese Frage doch auch ein Interesse haben, ist man nichts. Aber in der Besprechung wurde wiederum einstimmig betont, daß der Arbeitslosigkeit in Sachsen unbedingt entgegengetreten werden müsse, da die Zahl der Arbeitslosen in einzelnen sächsischen Städten auf über 10 Prozent der Bevölkerung gestiegen sei. Wenn Sachsen mit Kohlen stärker beliefert werden könnte, würde es möglich sein, die Arbeitslosigkeit weitgehend einzuschränken. Als notwendig anerkannt wurde ferner eine Hilfe des Reiches für solche Städte und Bezirke in Sachsen, die unter der Last der Arbeitslosenunterstützung schwer zu leiden haben.

Wir erwarten, daß sich die Herren nun genügend in Beratungen getummelt haben. Es ist höchste Zeit, daß den Arbeitslosen auf dem allerjüngsten Wege Hilfe geleistet wird. Die wohlwollende Prüfung der vorgebrachten Beschwerden, die die Reichsregierung zugesagt hat, darf nicht zum Mittel der weiteren endlosen Hinausschiebung praktischer und wirksamer Maßnahmen werden. Die sächsische Regierung ist in ihren Unternehmungen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit in vielen Beziehungen abhängig von der Unterstützung der Reichsregierung, weshalb auf dieser die ganze Verantwortung ruht. Wir hoffen, daß es der sozialistischen Regierung in Sachsen aber gelingt, den Berliner Herrschaften ein wenig Beine zu machen.

## Totschläger

Der Deutsche Offiziersverein empfiehlt seinen Mitgliedern nach erfolgter Waffenablieferung die Anschaffung folgender Schlagwaffen:

Nr. 8300. Schlagwaffe mit einer Bleifugel und harter Spiralfeder als Einlage, mit hartem braunem Leder (aus einem Stück) ganz umnäht, solide Handarbeit, die Verlagerung als Handhantel dienend am Griff verschleißbar, unermüßlich hartes Modell, elastisch, etwa 19 Zentimeter lang, 25 Mark.

Nr. 8301. Schlagwaffe mit einer Bleifugel und elastischer Spiralfeder als Einlage, mit hartem braunem Leder umnäht, lose verschleißbare Handhantel, etwa 19 Zentimeter lang, 20 Mark.

Nr. 8302. Ebenso wie 8301 mit zwei Bleifugeln, unermüßlich hartes Modell, zuverlässige Schlagwaffe, etwa 19 Zentimeter lang, 25 Mark.

Nr. 8321. Handhantel, unauffällige Schlagwaffe, bestehend aus zweifacher, elastischer Spiralfeder, die zusammenschließbar in einer Metallhülse ruht und beim Schlag sofort gebrauchsfähig ist, 25 Mark.

Die Mitglieder des Deutschen Offiziersvereins, die sich derartige Schlagwaffen zulegen, kleiden irgendein Ding drehen zu wollen, denn bisher wurden derartige Waffen nur von Leuten getragen, die nicht gerade zu den Edelsten der Nation gehörten!

## Wo bleiben deine Steuern?

### Gelte Pensionen für Hochverräter

Die Reuterer, die am 13. März die Regierung aus Berlin vertrieben, erhielten zum Dank für diese aufreibende Tätigkeit 7 M. Extrazulage pro Tag, und zwar auf die Dauer von vier Monaten, wodurch der Staatskassel um etwa 400 Millionen Mark erleichtert wurde. Die höheren Offiziere, vor allem die kommandierenden Generale, wurden entweder befördert oder von der Last des Dienstes frei gemacht, damit ihnen die Möglichkeit gegeben werde, dem neuen Unternehmen ihre volle Arbeitskraft zur Verfügung stellen zu können. Die entlassenen Generale haben alle miteinander monatelang ihre Gehälter weiter bezogen. Jetzt ringen sie mit allen Mitteln um ihre Pension, und zwar um den höchsten Beitrag, der sich herausfinden läßt.

So hat zum Beispiel der berühmte General Lequies, der während der Kappzige in Breslau mit seinen Mannen gegen die Regierung Front machte, verfassungstreue Beamte weggelagert, die Rißhandlung und Ermordung vieler Arbeiter zuließ, so hat z. B. dieser General jetzt die große Sorge, ob er sich als früherer Gouverneur von Metz oder als Kommandeur einer Reichswehrbrigade pensionieren lassen soll. Er will sich auf alle Fälle für den Posten entscheiden, der die höchsten Bezüge zuläßt. Zu einer Zeit, als tausende Arbeiter in den Gefängnissen schmachteten, weil sie mit der Waffe in der Hand gegen die Banden des Verbrechers Lüttich kämpften, ließ sich der Hochverräter Lequies eine schwächliche Kur in Bad Nauheim verschreiben. Die Kosten trägt der Steuerzahler. Noch heute schmachten hunderte Arbeiter in den Gefängnissen, weil eine biegsame Justiz das Amnestiegesetz auf sie nicht anwenden will. Der Hochverräter Lequies aber erhält bis zur endgültigen Festsetzung seiner Ansprüche monatlich 2800 M. Pensionsvorschuß und eine neue Kur in Bad Nauheim.

Wo bleiben deine Steuern?

Der Orgeß-Erlaß. Wir meldeten vor einigen Tagen, daß Minister Geering den Orgeß-Erlaß zur Revision zurückgezogen habe. Dazu wird uns jetzt mitgeteilt, daß an dem Erlaß nur einige kleine redaktionelle Änderungen vorgenommen worden wären. Der Erlaß bleibe im übrigen in voller Schärfe bestehen, da die preussische Regierung die Orgeß nach wie vor für eine staatsgefährliche Organisation halte.

Deutschlands Kohlenlieferungen im Dezember. Die deutschen Kohlenlieferungen im Dezember betragen an Frankreich 1 665 136 Tonnen, an Italien 172 582 Tonnen, an Belgien 265 688 Tonnen und an Luxemburg 35 888 Tonnen.

Das Abkommen zwischen Danzig und Polen. Das am 8. Januar in Warschau abgeschlossene Abkommen zwischen Polen und Danzig steht vor allen Dingen die Lebensmittelpflicht Danzigs durch Polen vor. Der Vertrag hat keine bestimmte Dauer, da im Februar eine neue Konferenz zwischen beiden Parteien stattfinden wird, die über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen beraten wird. Sowohl die Danziger als auch die polnische Regierung haben bereits mit den Vorarbeiten für das neue Abkommen begonnen.

Wrangel auf Sand gesetzt. Aus Konstantinopel wird gemeldet, General Wrangel sei offiziell informiert worden, daß mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Lasten einzuschränken, die französische Regierung vom 1. Februar an die materielle Unterstützung der russischen Flüchtlinge der Soldaten und Zivilisten, einstellen wird. Das amerikanische Rote Kreuz hat nach Washington telegraphiert und Instruktionen verlangt.

Keine Kohlenrationierung in Frankreich. Von heute ab sind in Frankreich die Kohlenrationen abgeschafft. Damit hat die Rationierung der Kohle ihr Ende gefunden.

## Am Galgen

Stiye von Ossip Dymow

Der Himmel zwischen den hohen Mauern, die jetzt schwarz erschienen, war sternlos und ließ erdost einen scharfen Wind herniederpeifen. Ein jeder fühlte es: wenn der Morgen durchbricht, wird er das Herz nicht erleichtern, graue, kalte Wolken werden da oben hängen bleiben, etwas Blierisches wird sich auf den Kopf lagern. Wagen werden da irgendwo vorüberrollen und den Ohren weh tun. Und in dieser erdrückenden Herrschaft schlen der Gedanke so nahe, daß man Menschen soltern dürfe, hängen...

Es war, als hätte man sich verabredet, durch den Hof laufflos zu schleichen. Niemand blinnte nach oben, jedoch ein jeder wußte, daß da droben durch die kalten eisernen Fenstergitter all die Gefängnisgeister, die die ganze Nacht keinen Schlaf gefunden, hinunterhorchen und ausschauen... Sicherlich konnten sie nichts erspähen, und doch empfanden alle etwas Drückendes im Nacken und auf den Schultern von diesem stehend bösen Blick, der sich frampfhaft in die Finsternis hinunterbohrt.

Da drüben, an der üblichen Stelle — hinter dem zweiten Hof, an einer kalten Mauer —, da sollte gehängt werden. — — — Den ganzen Abend über hatte man wiederholt dumpfe Schläge gehört, die von dort herüberhallten. Jetzt war alles wieder still. Der Schall der Kräftschläge hatte sich in den engen Zellen gelagert, war an den trostlosen Steinen hängen geblieben, hatte sich ins Gedächtnis gehohlet... Dereinst kommt der Tag, da er wieder zum Leben erwacht.

Der Beurteilte zitterte; es war, als friere ihn. Sein Gesicht konnte man nicht sehen, und niemand blinnte ihn an. Das linke Bein schleifte er nach und konnte darauf nicht fest aufstehen. Dies fiedte und wirkte hemmend. Alle ärgerten sich über ihn, man empfand nur das Bedürfnis, schnell zu enden und davonzugehen, nur schneller weg von hier.

Dem Staatsanwalt fiel es ein, es wäre angezeigt, ihn zu fügen; und als hätte er diesen geheimen Gedanken gelesen, trat der Arzt sofort an den Beurteilten heran und sagte ihm am Arm. Dieser schien es wohl als etwas Futurbares zu verstehen, denn er begann mit einer blinden, wilden Stimme zu brüllen, die sinnloses Entsetzen heraufbeschwörte. Und gleich darauf erschollen von allen dunklen Fensterchen da oben verzweifelte, die Finsternis durchdringende Schreie der Frauen und die herabstutenden Verwünschungen der Männer. Es war, als hätten selbst die Mauern rote, gelbende Schreie ausgestoßen. Der Arzt zog entsezt die Hand hastig zurück, und der Gefängnisaufseher, ganz sinnlos

vor Wut, verfehle ihm einen Schlag auf den Kopf, um ihn zum Schwelgen zu bringen.

Jedoch niemand vermochte es mehr, die aus all den unsichtbaren Fensterchen aufstehenden Schreie zu erdulden. Alle Stimmen überhörend, weinte jemand, jammerte und suchte wie ein Kalender, und es war geradezu, als wäre es Verstellung. Wahnhafte Worte der Mache hagelten von oben hernieder, rissen, zerrißen an der Finsternis. Der Staatsanwalt zog sich gleichsam in sich zusammen und drückte den Kopf in die Schultern hinein; der Gendarmerieoffizier verzog die Lippen und schüttelte sich immer wieder. Niemand schien mehr darum besorgt, daß man lautlos gehe, alle berückten sich, den Hof hinter sich zu haben, und es war, als hätte die größte Eile der Beurteilte selbst. Einmal hob er sogar den Kopf in die Höhe, als wollte er etwas sagen; als gelte es jedoch etwas zu verapfaten, eilte er weiter, am linken Bein holpernd. Es war, als hätte eine unheimliche Nacht, die eine lange Reihe von Jahren stumm gewesen, ihren Schlund geöffnet und ein Gebüll ausgestoßen. Dem Staatsanwalt, der noch ganz jung war, wurde es plötzlich klar, daß er nie und nimmer diese grauenvolle, ellige Nacht über den finsternen Gefängnishof werde vergessen können; die stehenden Schreie, die von oben herniederhageln... Etwas Ekelhaftes, grauenhaftes Abscheuerregendes kroch an ihm herum. Diese Nacht hat ihn umgewandelt, als wäre er in einen Abgrund gestürzt. Nun gab es auf Erden nichts mehr, das ihn schreden, das ihm teuer sein könnte.

Für das Henkeltamt konnte man keinen Spezialisten ausfindig machen, man nahm einen früheren Kriminalverbrecher, den Heizer in den Badestuben. Er schielte hart und litt an einer Kränklichkeit; man betrank ihn, und nun verbreitete er um sich einen scharfen, widerlichen Spritzeruch. Er näherte sich ehrsüchtig dem Staatsanwalt und flüster ihm mit grimmiger Unterwürfigkeit etwas zu. Der atembenehmende Alkoholdunst gedrängte alles andere, verflüchtete die Schreie, die vom andern Hof herüberdrangen.

Eine Handlaterne wurde angezündet, einige Reihen Ziegelsteine zeichneten sich ab — das verschobene Kiekgewand des Gefängnisses — einige glänzende Knöpfe. — Der Arzt trat zur Seite, er hatte sich eine Zigarette angezündet, ein gelblich-rotes Feuerflämmchen hing in der kalten Luft.

Dann nahm der schielende Badestubenheizer einen weißen Sack, der einem Leichentuche gleich, und indem er sich auf die Zehenspitzen emporstreckte, zog er ihn dem Beurteilten über den Kopf, und obwohl er zum ersten Male einen Menschen hängte, tat er es mit gewohnheitsgemäßen Bewegungen.

Und so war unter der Gruppe nächtlicher Menschheit ein ungeschlachter, formloser Sack aufgesteckt, darin es sich bewegte.

Das tödliche Feuerflämmchen der Zigarette senkte sich tiefer, wurde dunkler, schwächer. Es kam ein Windstoß, und bewegte die Haare auf dem Kopfe des Heizers. In den Zellen verstummten sofort die Schreie, und es trat eine Stille ein, gleichsam als hätten sie alles gesehen.

Es trat eine Stille ein, es war wie ein langer, dauernder Alp. Ueber den lebendigen Sack senkte sich ein beweglicher Strid, der an einem Balken in der Wand befestigt war. Der betrunkene Heizer begann die Schlinge herzurichten, schnob und redete sich dabei in die Höhe. Der Gefängnisaufseher keckte die Laterne auf die Erde und legte auch Hand mit an. Und nun sah man noch die Füße, elende, nicht mehr junge Menschenfüße, feucht Steine und den Streifen eines formlosen weißen Sackes.

Und plötzlich begann dieser Streifen sich aufwärts zu heben, entfiel dem Lichtkreis, und an dessen Stelle kamen noch einige feuchte Steine zum Vorschein. Das war alles.

Der Staatsanwalt schloß die Augen.

Es war wie ein Knattern und der weiße Sack klaffte polternd zu Boden; der Strid war gerissen.

Das entsetzte Feuerflämmchen der Zigarette begann kleine gedrochene Linien zu beschreiben. Der Gefängnisaufseher lauerte auf den Zehenspitzen, hielt die Laterne über dem Kopf und blinnte vor sich nieder.

Auf dem Boden lag ein weißer, unerkennlicher, formloser Haufen und in den Falten der Leinwand lagerten Schatten gleich Fäden der Nacht. Ein Gedanke blühte auf:

„Wie wenn die Schatten sich zu regen beginnen...“

„Steh' da, die Schatten beginnen sich zu regen...“

Es war, als mühte man aufzubrechen. Die Schatten haben begonnen sich zu regen, zwei ringende Hände zeichneten sich ab, die gegen den Sack anknüpfen und ihn abzustreifen sich mühten.

Eine schwere, fremd klingende, weiße Stimme begann zu sprechen, der des Beurteilten so ganz unähnlich; der Strid hatte die Kehle befeuchtet.

„Nun ist alles zu Ende. Gottlob. Jetzt bindet los!“

Der weiße Haufen begann zu zappeln. Es war klar, die Verfrüngen waren nicht sinnlos — der Haufen richtete sich auf, wandte sich um. Der Kopf hatte die Leinwand stramm gezogen und ein mächtig gewölbter, fürchterlich tüger Schädel zeichnete sich ab.

„Was steht ihr da! Allein kann ich ja nicht. Staatsanwalt, ich werde mich beim Herrn Staatsanwalt beschweren.“

Es folgte zornig, eindringlich klingen, jedoch die flache, unbewußte Stimme hatte die Eindringlichkeit verloren, und die Worte klangen gleichmäßig, einödnig, leer.



